



**Gabriele Schmidt**  
Mitglied des Bundestages

## „Schmidts Berliner Brief“ 21/14

### I. Das Wichtigste zuerst

#### Rede im Bundestag zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen

Meine mittlerweile sechste Rede vor dem Hohen Hause hatte den Internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen zum Inhalt. „Seit 1993 begehen wir den von den Vereinten Nationen ausgerufenen Gedenk- und Aktionstag, um die Öffentlichkeit nicht vergessen zu lassen, dass wir noch längst keine inklusive Gesellschaft sind. Aber wir sind auf dem Weg dorthin, auch wenn es noch viel zu tun gibt.

Mir gefällt die Bezeichnung „Aktionstag“ um einiges besser als die Bezeichnung „Gedenktag“; denn Gedenken allein reicht nicht aus. Taten sind es, auf die es ankommt, und dabei ist jeder Einzelne von uns gefragt. Denn Selbstbestimmung der Menschen mit Behinderung, Chancengleichheit und Teilhabe am Leben in der Gesellschaft stellen nach wie vor eine große Herausforderung dar.

Das Thema geht uns alle an. Eine Behinderung kann uns schließlich jeden Tag selber treffen. Die meisten Beeinträchtigungen sind, nicht angeboren, sondern entstehen im Laufe des Lebens.“ Komplette Rede zum Anschauen und Nachlesen finden Sie [hier](#).

#### 2. Bericht aus Brüssel - „Eine europäische Arbeitslosenversicherung kommt nicht in Frage“,

lautete das klare Statement meines Kollegen im Europäischen Parlament, Thomas Mann (EVP), der diese Woche unserer Arbeitsgruppe für Arbeit

*Liebe Leserinnen und Leser,*

*herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!*

*Weihnachten und das neue Jahr rücken immer näher. Viele von uns sind bestrebt, bestimmte Sachen noch in diesem Jahr zu erledigen, um dann, so zu sagen, ohne Altlasten in das neue Jahr zu starten. Ich wünsche uns allen, dass wir trotz der hektischen Zeit zur Entschleunigung finden und die Weihnachtszeit richtig genießen.*

*In der vorletzten Sitzungswoche in diesem Jahr haben wir über einige wichtige Themen debattiert, so auch in zweiter und dritter Lesung das Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderungen durfte auch ich eine Rede im Bundestag halten. Das Thema, das uns alle angeht, ist und bleibt ein Dauerbrenner, solange die Teilhabe nicht vollständig gelingt.*

*Thomas Mann, Mitglied des Europäischen Parlaments (EVP), berichtete diese Woche aus erster Hand unserer Arbeitsgruppe für Arbeit und Soziales zur europäischen Arbeits- und Sozialpolitik. Wir sind uns einig, dass eine europäische Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen bleibt.*

*Für die Schiene gibt es gute Nachrichten. In den nächsten fünf Jahren werden 28 Milliarden Euro für die Modernisierung bereitgestellt (S. 2).*

*Herzliche Grüße und einen schönen Nikolaustag und 2. Advent  
Ihre*

und Soziales einen Besuch abstattete. Er berichtete aus Brüssel zur europäischen Arbeits- und Sozialpolitik, genauer über europäischen Sonntagsschutz, die momentan diskutierten Einpersonengesellschaften, europäische Asylpolitik und die europäische „Jugendgarantie“. Sechs Milliarden Euro, die von der EU zwecks Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zur Verfügung bereitgestellt wurden, hätten EU-Länder nicht abgerufen, lautete die ernüchternde Bilanz. Und das obwohl in den Ländern wie Spanien und Griechenland Jugendarbeitslosigkeit von über 25 Prozent herrscht. Da die Gelder kofinanziert werden, hätten die Länder eigene Anstrengungen unternehmen müssen, welche letztendlich ausgeblieben sind.

Ein wichtiges Thema war die Frage nach einer europäischen Arbeitslosenversicherung. Diese Forderung ist vom EU-Sozialkommissar László Andor seit seinem Amtseintritt zu hören. Ich stimme Thomas Mann voll und ganz zu, dass eine solche Versicherung der direkte Weg in eine Transferunion wäre. Die Länder mit den meisten Arbeitslosen würden von der Versicherung am meisten profitieren, Deutschland am wenigsten. Außerdem existiert weder eine gemeinsame europäische Institution noch eine europäische Agentur, eine ganze Verwaltung müsste neu aufgebaut werden. Aus den genannten Gründen lehne ich eine europäische Arbeitslosenversicherung strikt ab.

### 3. Gute Nachrichten für die Schiene - 28 Milliarden Euro für die Modernisierung!



Der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages hat am Mittwoch die neue Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund und Deutsche Bahn AG beschlossen. Mit der Rekordsumme von insgesamt 28 Milliarden Euro kann die Deutsche Bahn AG ihr Schienennetz bis 2019 umfassend überholen. Zum Erhalt und für die Modernisierung des Bestandsnetzes werden die Mittel für Ersatzinvestitionen vom kommenden Jahr

an durchschnittlich 4 Milliarden Euro pro Jahr betragen. Darüber hinaus leistet die Deutsche Bahn AG mit durchschnittlich jährlich 1,6 Milliarden Euro aus Eigenmitteln einen weiteren Beitrag zur Instandhaltung des Netzes. Im Zeitraum der Vereinbarung bis 2019 werden mindestens 875 Brücken voll- oder teilerneuert. Bei Nichteinhaltung der gesteckten Ziele werden Vertragsstrafen verhängt. Die stärkere Kontrolle der Vergabepaxis und die Überprüfung der Streckenqualität durch Messfahrten des Bundes sind wichtige neue Maßnahmen.

## II. Die Woche im Parlament

**1. Gesetz zur Entlastung der Länder und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung.** Wir beschlossen in zweiter und dritter Lesung die im Koalitionsvertrag im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz festgelegte Entlastung der Kommunen um jährlich 1 Mrd. Euro. Wir erhöhen dazu zum einen den Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft im Rahmen des ALG II um 500 Mio. Euro. Zum anderen ergänzen wir den Kommunalanteil an der Umsatzsteuerverteilung um ebenfalls 500 Mio. Euro. Schließlich wird mit der **Aufstockung des Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“ um 550 Mio. Euro** eine weitere erhebliche Unterstützung für die Kommunen beschlossen. Hinzu kommt zugunsten der Länder eine weitere Erhöhung des Festbetrags im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung von jeweils 100 Mio. Euro in den Jahren 2017 und 2018.

**2. Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf.** In zweiter und dritter Lesung haben wir Verbesserungen für die Vereinbarkeit von familiärer Pflege und Beruf beschlossen. Analog zum Kinderkrankengeld führen wir einen Rechtsanspruch auf eine Lohnersatzleistung bei zehntägiger Pflegeauszeit in akuten Pflegesituationen ein. Daneben wird es für Arbeitnehmer in Betrieben mit über 25 Mitarbeitern in Zukunft einen Anspruch auf eine bis zu 24 Monate dauernde Familienpflegezeit geben. Urlaubsanspruch entsteht während der Familienpflegezeit nicht.

### III. Sonstiges

#### 1. Appell an die Arbeitgeber - Integration in den ersten Arbeitsmarkt - Gespräch mit Christoph Fenner, Leiter Berufsbildungswerk Mosbach-Heidelberg



(Von links: Gabriele Schmidt MdB, Margaret Horb MdB und Christoph Fenner)

Deutschlandweit gibt es insgesamt 52 Berufsbildungswerke, die jungen Menschen mit multiplen Teilhabebeschränkungen durch eine berufliche Erstausbildung die dauerhafte Integration in den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen. Berufsbildungswerke bilden rund 15000 junge Menschen mit Behinderung in über 240 anerkannten Berufen aus. Es geht auch insbesondere darum, Arbeitgeber zu animieren, jungen Auszubildenden eine Chance zu geben. Denn davon profitieren beide Seiten. Junge Auszubildende mit Behinderung sind besonders motiviert und engagiert. Unternehmen könnten angesichts der Herausforderung der Fachkräftesicherung nur profitieren. Das gesellschaftliche Engagement von Betrieben, die Menschen mit Behinderung ausbilden, wird besonders honoriert. Ein Auszubildender zählt im Rahmen der Beschäftigungsquote für das Unternehmen doppelt. Zusätzlich zu der finanziellen Entlastung stellt der Staat weitere zahlreiche Unterstützungsangebote bereit. Auch in meiner Rede habe ich in Richtung der Arbeitgeber appelliert, Menschen mit Behinderungen eine Chance zu geben. Demografischer Wandel bereitet den Berufsbildungswerken Probleme. Bis 2020 rechnet man im schlimmsten Fall mit einem Rückgang und mit nur noch rund 8000 Auszubildenden.

## 2. Ein Stück Heimat in Berlin – Sto-Eimer im Bundestag gesichtet

Im Rahmen der IHK-Veranstaltung, bei der der Präsident der IHK Hochrhein-Bodensee, Kurt Grieshaber, letzten Freitag verabschiedet wurde, traf ich auf Gerd Stotmeister, den Vorstand der Firma Sto aus Stühlingen und zeigte ihm das Bild, das ich letzte Woche im Paul-Löbe-Haus im Deutschen Bundestag aufgenommen habe. „Jeder Sto-Eimer hat ein zweites Leben“, freute er sich über den Schnappschuss. Das Foto kommt in die Sto-Eimer-Bildsammlung des Unternehmens. Sehr gute Qualität ist eben überall gefragt.

Auf der Veranstaltung in der Sparkasse Hochrhein hielt außerdem Winfried Kretschmann einen „Festvortrag“. Der Ministerpräsident, obwohl nicht danach gefragt, hat mal wieder den nicht stattgefundenen Mittelabruf für den Straßenbau bestritten. Winfried Kretschmann behauptete, dass der Vorwurf nicht dadurch richtiger werde, dass man ihn wiederholt. Umgekehrt gilt das Gleiche: Das Abstreiten wird durch das Wiederholen ebenfalls nicht richtiger!



## IV. Aktuelle Termine/Hinweise

### 1. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu meiner nächsten Bürgersprechstunde **am Dienstag, dem 20. Januar, ab 17.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen**, ein!

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

### 2. [Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis](#) (Auswahl):

- 05. Dezember:** • Tag des Ehrenamtes /Engagement für Menschen auf der Flucht im Landkreis Waldshut, Sparkasse Hochrhein
- 08. Dezember:** • Eröffnung der Wanderausstellung des Deutschen Bundestages
- 08. Dezember:** • 27. Parteitag CDU Deutschlands in Köln
- 11. Dezember:** • CDA Bezirksverband Südbaden / Bezirksausschusssitzung